



**Fair Trade! –  
Fair Shipping?**

Unser Themen-Schwerpunkt zur Kampagne:

**Fair bis aufs Meer!** Seite 7-22

Unsere Themen

Unsere Themen

Seeunfalluntersuchung in der Kritik: **Wer kontrolliert die Kontrolleure?** Seite 25

Werra-Weser-Versalzung: **Europapolitischer Sprengsatz** Seite 36

IMO-Beschlüsse | Weservertiefung | Elbvertiefung | Hafenkooperation



## Der Stand der Dinge bei der Werra-Weser-Versalzung (II)

# Europapolitischer Sprengsatz

VON WALTER HÖLZEL\*

Die Umweltminister der Werra-Weser-Anrainerländer haben die seit Jahren angehäuften Probleme der Flussgebietsversalzung durch Abwässer des Kalikonzerns K+S mit einer Einigung auf einen neuen Bewirtschaftungsplan zu lösen versucht. Er ist umstritten, weil er sich nicht mit den europäischen Richtlinien vereinbaren lässt. Ein Nachgeben der EU-Kommission würde die europäischen Vertragspartner benachteiligen und den Wettbewerb verzerren.

Die EU-Kommission hat das Vertragsverletzungsverfahren 2012 / 4081 gegen die Bundesrepublik eingeleitet, weil die Bewirtschaftungspläne (BWP) für Werra und Weser die Vorgaben der Richtlinien nicht erfüllten. Auch der aktuelle BWP für den Zeitraum von 2015-2021 (1) zeigt die kritisierten Mängel (2): Es werden Ausnahmeregelungen für eine Herabstufung der Qualitätsziele in Anspruch genommen, obwohl die hierfür notwendigen Voraussetzungen nicht vorliegen (3). Aber noch nicht einmal diese herabgestuften Ziele können erreicht werden, weil keine der im BWP genannten Maßnahmen erprobt ist und weil ihre Machbarkeit und Wirksamkeit nicht nachgewiesen sind. Tatsächlich Erfolg versprechende Verfahren werden dem Unternehmen nicht vorgeschrieben. Bei dem zu erwartenden Versagen der Maßnahmenpläne würde die Bundesrepublik die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) bis zum Ende ihrer Umsetzungsphase im Jahre 2027 verfehlen. Trotzdem stockt das Vertragsverletzungsverfahren seit März 2016.

Der Kalihersteller K+S hat in seinen Werken an Werra und Fulda seit Inkrafttreten der EU-WRRL im Jahre 2000 nichts unternommen, um in Werra und Weser den „guten chemischen und ökologischen Zustand“ und damit das Ziel der Richtlinie zu erreichen. Im Gegenteil: 2003 wurde auf Antrag des Unternehmens der Grenzwert für die Wasserhärte in der Werra von 55 Grad deutscher Härte (°dH) auf den extremen Wert von 90°dH erhöht. Auch dies hatte zur Folge, dass der ökologische Zustand der

Werra sich seit den Zeiten der hohen Salzbelastung durch DDR-Betriebe nicht verbessern konnte.

Noch nicht einmal zugesagte Zwischenziele sind umgesetzt worden. K+S wollte angeblich mit seinem „360-Millionen-Euro-Maßnahmenpaket zum Gewässerschutz“ bis 2015 eine Senkung der Grenzwerte in der Werra um mehr als 30 Prozent erreichen. Dieses „Maßnahmenpaket“ ist aber ohne jede Wirkung für Werra und Weser geblieben. Die für Dezember 2015 verfügte Senkung der Grenzwerte in der Werra ist von der Genehmigungsbehörde deshalb wieder zurück genommen worden (4).

K+S spricht jetzt nur noch von einer „Einsparung der Salzwassermenge“ und will wenigstens in dieser Hinsicht „Wort gehalten“ haben. Tatsächlich produziert das Unternehmen inzwischen mehr feste Abfälle, die auf den Rückstandshalden abgelagert werden. Dort wird das vorher „eingesparte“ Wasser durch Regenwasser ersetzt und die Salzurückstände gelangen über die Vorfluter in Werra und Weser. Die „Verringerung der Salzwassermenge“ ist unerheblich, damit täuscht das Unternehmen sich selbst und die Öffentlichkeit über das angerichtete Entsorgungsdesaster. Ausschlaggebend ist allein der Salzabstoß und dieser hat sich offenbar nicht verringert.

Die oben beschriebene Verlagerung der Entsorgungsverfahren auf die Produktion von festen Abfällen setzt voraus, dass die Rückstandshalden erweitert werden dürfen. Sie sollen bis zur Betriebseinstellung auf das doppelte

*Kaliabraumhalden – hier die des Bergwerks Sigmundshall – sind nicht nur deshalb problematisch, weil sie eine Ewigkeitslast darstellen. Ihre Haldenlaugen werden in Flüsse eingeleitet oder dringen in den Boden ein und versalzen das Grundwasser.*

FOTO: DANIEL SCHWEN / WIKIMEDIA





Volumen anwachsen, ebenso die Menge der Haldenlaugen, die dann etwa vier Millionen Kubikmeter pro Jahr betragen wird. Die Anlage von Rückstandshalden scheint deshalb eine Besorgnis erregende Grenze erreicht zu haben (5). Diese Halden sind nicht nur deshalb problematisch, weil sie eine Ewigkeitslast darstellen. Ihre Haldenlaugen müssen vorrangig in die Werra eingeleitet werden und vermindern so deren Aufnahmekapazität für Produktionsabwässer (siehe unten). Das hat im zu Ende gehenden Jahr mehrfach zu Produktionseinstellungen im Werrarevier geführt, für die K+S wiederholt den öffentlichen regionalen Widerstand verantwortlich zu machen versuchte, obwohl die Ursachen vom Unternehmen selbst zu verantworten sind.

Ein weiteres Problem stellen die direkt in den Boden eindringenden Haldenlaugen dar. Sie versalzen nicht nur das Grundwasser, sondern sie sind auch für dessen Belastung mit Schwermetallen verantwortlich. Die Vorsorgewerte für Blei sind in der Region um das Tausendfache überschritten, im Sommer 2016 musste die Entnahme von Grundwasser untersagt werden. Die Schwermetallbelastung wird angeblich durch das Auslaugen von unterirdischen Tonschichten verursacht (6).

Jedenfalls ist dieser Befund wasserrechtswidrig. Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) schreibt vor, dass Abfälle nur so abgelagert werden dürfen, dass eine nachteilige Veränderung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Wenn eine Veränderung eingetreten ist, muss eine Erlaubnis widerrufen und der Abfall beseitigt werden. Nicht so im Falle K+S: Die Schwermetallbelastung ist seit 2011 bekannt, ohne dass Konsequenzen gezogen worden sind.

Besonders umstritten bleibt die Verpressung von Abfalllaugen in den Untergrund, weil große

Teile dieser Abwässer wieder aus dem Untergrund aufsteigen und dabei die Grundwasser- und Trinkwasserstockwerke beeinflussen. Gutachter gehen davon aus, dass 29 der insgesamt 49 Trinkwassergewinnungsanlagen im Wirkungsbereich der Laugenverpressung künftig wegen Versalzung geschlossen werden müssen. In der Stadt Heringen haben aufsteigende Abwässer die Kanalisation zerstört und sie bedrohen die Funktionsfähigkeit der kommunalen Kläranlage.

Die aufsteigenden Abwässer sind aber nicht nur für die Anrainer nachteilig, sondern auch für das Unternehmen selbst. Sie dringen als „diffuse Einträge“ in die Werra ein und verringern – gemeinsam mit den Haldenlaugen – deren Aufnahmefähigkeit für Produktionsabwässer. Die einzelnen K+S-Entsorgungswege behindern sich so gegenseitig in ihrer Wirksamkeit. Weil die Werra künftig nicht mehr alle Abwässer des Unternehmens aufnehmen kann, will K+S die überschüssigen Abwässer nach wie vor mit einer Pipeline an die Oberweser transportieren und sie dort verklappen.

Das Entsorgungskonzept der K+S Kali GmbH bremsen sich also selbst bis zum Kollaps aus, es verlangt neue Verklappungsorte und hinterlässt die Rückstandshalden und die ungesicherten Bergwerke als Ewigkeitslasten. Das wäre nicht nötig. Es werden weltweit in der Kali-Industrie Verfahren angewandt, die – in geeigneter Form in einer einzigen Anlage zusammengefasst – die Rückgewinnung der in den Abwässern enthaltenen Wertstoffe und sogar eine abstoßfreie Kaliproduktion ermöglichen. Eine solche Verfahrenskombination hat der Salztechnologie-Spezialist K-UTEC aus dem thüringischen Sondershausen entwickelt und schon 2012 vorgestellt. Sie gefährdet keine Arbeitsplätze, sondern schafft vielmehr neue. Es hat nicht an

Versuchen gefehlt, diese Verfahren der K+S AG als Alternative zu ihrem kollabierenden Entsorgungskonzept anzudienen (7-10).

K+S lässt bis heute keinerlei Bereitschaft erkennen, in moderne Aufbereitungsanlagen zu investieren. Das Unternehmen hat stattdessen versucht, den Vorschlag der K-UTEC AG hinsichtlich der Kosten und der Energiebilanz schlecht zu rechnen und musste dafür blamable Widerlegungen sowohl durch die K-UTEC AG als auch durch das Umweltbundesamt hinnehmen (11-12).

**Die K+S AG will das Volumen ihrer Rückstandshalden im Werrarevier noch einmal verdoppeln und sie der Allgemeinheit als Ewigkeitslast hinterlassen.** Ganz anders in Spanien, denn dort hat die EU-Kommission wegen der Rückstandshalden des Kaliherstellers Iberpotash S. A. ebenfalls ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnet. Auf Druck der Kommission („Die Salzhalde ist eine Gefahr für die Umwelt und die Menschen“) muss Iberpotash nun die Halden zurück bauen und die Aufstandsflächen sowie das Grundwasser sanieren. Iberpotash wird für die notwendige Betriebsumstellung 800 Millionen Euro investieren müssen, ein kürzlich vorgelegter Masterplan sieht den Rückbau der Salzhalde in weniger als 20 Jahren vor (13-15).

Daran könnte sich K+S ein Beispiel nehmen, denn seit dem so genannten Kali-Gipfel von Erfurt Ende November dieses Jahres liegt nunmehr auch ein Konzept für die Aufarbeitung der vergleichsweise wertstoffarmen Haldenlaugen vor (16). Die anhaltenden Probleme der K+S-Werke im hessisch-thüringischen Kalirevier und die Sorge um die bedrohten Arbeitsplätze hatten den thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Die Linke) veranlasst, die technische Kompetenz des Salzbergbaus in Erfurt zusammen zu rufen. Es sollte erkundet werden, ob für die existenzbedrohenden Entsorgungsprobleme der K+S Kali GmbH Lösungen existieren.

Seit diesem Kaligipfel sind die für eine abstoßfreie Kaliproduktion benötigten Verfahren komplett nachgewiesen. Es gibt keinen Grund mehr, K+S bei der Ablehnung des technischen Fortschritts zu unterstützen und eine Aussetzung des Gemeinschaftsrechts zugunsten der K+S AG zu betreiben. K+S allerdings scheint auch diesen Vorschlag für die Haldenlaugen nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen (17.)

Der Versuch, den Salzabstoß der Werke an Werra und Fulda nahezu unverändert fortzusetzen und die Öffentlichkeit über das Ausmaß der angerichteten Schäden zu täuschen, wird konsequent von der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) unterstützt. Offenbar soll sogar die hoch umstrittene Laugenversenkung



wieder in vollem Umfang genehmigt werden, denn die Ministerin hat ein von K+S angefertigtes numerisches Grundwassermodell jetzt als „prognosefähig“ bezeichnet. Ihre eigene Fachbehörde, das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG), war dagegen der Ansicht, dass dieses Modell wegen grob falscher und unvollständiger Annahmen über die Grundwasserstockwerke diese Anforderung grundsätzlich nicht erfüllen kann. HLNUG hatte stattdessen ein Monitoring durch neu zu errichtende Messstellen vorgeschlagen und musste „auf Wunsch“ des Ministeriums Passagen aus seiner Expertise entfernen (18-20).

**Angesichts** der europarechtswidrigen Mängel des BWP 2015-2021 ist es irritierend und besorgniserregend, dass sich die EU-Kommission seit Vorlage dieses Plans nicht mehr zum Vertragsverletzungsverfahren geäußert hat. Das parallele Verfahren wegen der Rückstandshalden des spanischen Kaliherstellers Iberpotash ist sehr viel schneller in die zweite Stufe überführt worden und danach wirksam geworden. Die thüringische Umweltministerin meint sogar, das Vertragsverletzungsverfahren sei „ausgesetzt, weil sich die Bundesländer mit K+S auf ein Programm zur Salzreduzierung verständigt hätten“ (21-22). Das hat die Kommission der WWA auf Anfrage nicht bestätigt. Trotzdem ist es nicht auszuschließen, dass die Bundesrepublik ihr wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale geworfen hat, um die Kommission zu davon abzuhalten, europäische Richtlinien auch auf die K+S AG anzuwenden. Allein in Umweltfragen sind zwölf Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik anhängig (23).

Einschlägig äußern sich auch Landtags- und Bundestagsabgeordnete, die offenbar um ihre Wiederwahl fürchten. Sie bedienen



Abwasser-Einleitung des Kalikonzerns K+S in die Werra bei Ulster

FOTO: STEPHAN GUNKEL

die Ängste und Sorgen der K+S-Mitarbeiter in ihren Wahlkreisen und beklagen „überzogene Umweltstandards“ und „politisch festgelegte Grenzwerte“, mit denen Arbeitsplätze „plattgemacht“ würden. Und sie verlangen „zeitnahe Genehmigungen“ für K+S. Sie richten sich damit gegen das europäische Gemeinschaftsrecht und müssen sich den Vorwurf der Europafeindlichkeit gefallen lassen. Die Äußerungen sind zudem polemisch und populistisch, weil sie die Tatsachen umfänglich übersehen oder falsch darstellen.

Solche Einflussnahmen durch die Bundesregierung und durch Abgeordnete können den europäischen Gedanken gefährden – nicht nur,

weil das übermächtige Deutschland den kleineren Mitgliedsstaaten damit ein schlechtes Beispiel wäre. Eine genehmigte Fortsetzung der Salzaufhaltung im Werrarevier zum Beispiel würde den spanischen K+S-Konkurrenten Iberpotash wirtschaftlich benachteiligen und damit gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen.

**Auch** das deutsche Außenministerium scheint erkannt zu haben, dass das gemeinsame Europa gefährdet ist (und dass damit wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik auf dem Spiel stehen). Es möchte „eine Art Deutschland- und Europatour“ durchführen, um „mit der Bevölkerung über die EU und ihre Zukunft“ zu diskutieren. Anlass sei die Sorge vor einem „Ende der Europäischen Union“, die sich „in heftigen Turbulenzen“ befinde (24). Die Werra-Weser-Anrainerkonferenz hat angeregt, eine der geplanten Veranstaltungen im Werra-Weser-Raum durchzuführen und dort die EU-Umweltpolitik zum Thema zu machen (25). Sie hat sogar ihre Unterstützung angeboten – vor allem im Hinblick auf die populistischen Abgeordneten. Leider hat das Ministerium kein Interesse gezeigt.

Vielleicht aber war dieses Angebot auch einfach zu vermessen, denn ausgerechnet der für Europäische Angelegenheiten zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, der Sozialdemokrat Michael Roth, bewirbt sich in der K+S-Standortgemeinde Heringen um ein Bundestagsmandat – und hat sich bereits aktiv für die Interessen des Unternehmens eingesetzt (26). ◀

#### ANMERKUNGEN:

- \* Dr. Walter Hölzel ist Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e. V. (WWA); die erste Folge seiner „Stand der Dinge“ überschriebenen Zwischenbilanzen erschien in WATERKANT, Jg. 30, Heft 3 (September 2015), Seite 27 ff.
1. [http://kurzlink.de/fgg\\_2016-03-18](http://kurzlink.de/fgg_2016-03-18)
  2. [http://kurzlink.de/wwa\\_2016-04-08](http://kurzlink.de/wwa_2016-04-08)
  3. WWA-Pressemitteilung vom 16. November 2015
  4. [http://kurzlink.de/rp-ks\\_2015-12-17](http://kurzlink.de/rp-ks_2015-12-17)
  5. [http://kurzlink.de/wiwo\\_2016-11-10](http://kurzlink.de/wiwo_2016-11-10)
  6. Stellungnahme der WWA vom 10. Oktober 2016
  7. [http://kurzlink.de/wwa\\_nrw\\_2014-12-18](http://kurzlink.de/wwa_nrw_2014-12-18)
  8. [http://kurzlink.de/wwa\\_nrw\\_2014-11-19](http://kurzlink.de/wwa_nrw_2014-11-19); zum Stichwort „Nordsee-Pipeline“ siehe auch WATERKANT, Jg. 29, Heft 3 (September 2014), Seite 7-16
  9. [http://kurzlink.de/wwa\\_2015-02-02](http://kurzlink.de/wwa_2015-02-02)
  10. [http://kurzlink.de/wwa\\_marx\\_2015-02-02](http://kurzlink.de/wwa_marx_2015-02-02)

11. [http://kurzlink.de/wwa\\_kutec\\_2014-06-13](http://kurzlink.de/wwa_kutec_2014-06-13)
12. [http://kurzlink.de/uba\\_2014-10-15](http://kurzlink.de/uba_2014-10-15)
13. [http://kurzlink.de/elper\\_2016-10-26](http://kurzlink.de/elper_2016-10-26) (auf spanisch)
14. [http://kurzlink.de/reg7\\_2016-09-30](http://kurzlink.de/reg7_2016-09-30) (auf spanisch)
15. [http://kurzlink.de/elper\\_2016-08-13](http://kurzlink.de/elper_2016-08-13) (auf spanisch)
16. [http://kurzlink.de/wwa\\_2016-11-22](http://kurzlink.de/wwa_2016-11-22)
17. Die Stellungnahme der K+S Kali GmbH zum Kaligipfel lässt den Vorschlag der K-UTEK AG unerwähnt: [http://kurzlink.de/kunds\\_2016-11-21](http://kurzlink.de/kunds_2016-11-21)
18. „DER SPIEGEL“, Nr. 45 / 2016
19. „FOCUS“ vom 7. November 2016
20. [http://kurzlink.de/wwa\\_2016-11-08](http://kurzlink.de/wwa_2016-11-08)
21. [http://kurzlink.de/wwa\\_2016-11-14](http://kurzlink.de/wwa_2016-11-14)
22. [http://kurzlink.de/isth\\_2016-11-21](http://kurzlink.de/isth_2016-11-21)
23. [http://kurzlink.de/bt\\_18-10151](http://kurzlink.de/bt_18-10151)
24. „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. Oktober 2016
25. [http://kurzlink.de/wwa\\_2016-10-27](http://kurzlink.de/wwa_2016-10-27)
26. [http://kurzlink.de/ohn\\_2016-08-24\\_roth](http://kurzlink.de/ohn_2016-08-24_roth)